Vorlage

7/01/0035

Beratungsfolge	Termin
1 Ausschuss für Gesundheit und Soziales	01.12.2004
2 Kreisausschuss	09.12.2004
3 Kreistag	16.12.2004
4	

☒	öffentlich
☐	nichtöffentlich

Verantwortlich:
B 2, OE 50/51

Gegenstand

Kooperation mit der Stadt Bergisch Gladbach
 hier: Abschluss öffentlich rechtlicher Vereinbarungen in den Bereichen Kriegsofferfürsorge (KOF) und -
 Unterhaltssicherung (USG)

Beschlussvorschlag / Mitteilung

1. Der Kreistag stimmt der Übernahme der Aufgabenwahrnehmung der Kriegsofferfürsorge (KOF) und Unterhaltssicherung (USG) von der Stadt Bergisch Gladbach zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für jedes Aufgabengebiet eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die künftige Aufgabenwahrnehmung auf der Grundlage der beigefügten Vereinbarungsentwürfe abzuschließen.

☒	Fortsetzung umseitig

Beratungsergebnis			
Gremium 1	Gremium 2	Gremium 3	Gremium 4
☐ einstimmig	☐ einstimmig	☐ einstimmig	☐ einstimmig
☐ mit Mehrheit
Ja	Ja	Ja	Ja
Nein	Nein	Nein	Nein
Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung
☐ lt. Beschlussvorschlag
☐ abweichend	☐ abweichend	☐ abweichend	☐ abweichend

Im Rahmen der Strukturanalyse hat die Verwaltung u.a. die Themenfelder Unterhaltssicherung (USG) und Kriegsofopferfürsorge (KOF) geprüft.

Beide Aufgabengebiete sind davon geprägt, dass sowohl die Stadt Bergisch Gladbach (für ihr Stadtgebiet) und der Rheinisch-Bergische Kreis (für die übrigen kreisangehörigen Kommunen) diese Aufgaben inhaltlich identisch wahrnehmen.

In beiden Themenfeldern kommt die Strukturanalyse zu dem Ergebnis, dass bei einer zusammengefassten Aufgabenwahrnehmung wirtschaftliche und arbeitsorganisatorische Synergieeffekte erzielbar sind.

Die Strukturanalysefragebögen sind als Anlagen 1 und 2 beigefügt.

Die Verwaltungskonferenzen der Stadt Bergisch Gladbach und des Rheinisch-Bergischen Kreises haben sich in einer gemeinsamen Sitzung dafür ausgesprochen, die Aufgabenwahrnehmung zur Nutzung der erwarteten Synergieeffekte bei dem Rheinisch-Bergischen Kreis zusammenzuführen.

Die für den RBK damit verbundenen zusätzlichen Personal- und Sachkosten werden von der Stadt Bergisch Gladbach erstattet. Die quantifizierbaren Synergieeffekte werden entsprechend dem Ergebnis der Strukturanalyse nach dem Verhältnis der jeweiligen Fallzahlen nach aktuellstem Stand auf die Vertragsbeteiligten aufgeteilt.

Rechtsgrundlage für eine Aufgabenübertragung sind die Gemeinde- bzw. Kreisordnung, geändert durch das Gesetz zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein Westfalen vom 3.2.2004 (GV.NW S. 96) i.V.m. dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit NW (KgemarbG NW). Für die Aufgabenübertragung ist der Abschluss öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen erforderlich. Diese Vereinbarungen unterliegen der Genehmigungspflicht durch die Aufsichtsbehörde.

Entsprechende Vereinbarungen zur Aufgabenübertragung sind dieser Vorlage als weitere Anlagen 3 und 4 beigefügt.

Die Verwaltung schlägt vor, dem Abschluss der Aufgabenübertragung in den Aufgabengebieten USG und KOF auf der Grundlage der Vereinbarungsentwürfe zuzustimmen.

Finanzielle Auswirkungen

Ja Nein

Die Mittel stehen im Haushaltsplan zur Verfügung

Ja Nein (s. Beschlussvorschlag)

_____
Unterschrift

Bereich/OE	Kriegsopferfürsorge	Produkt.-Nr. 090.50.08
Produktbezeichnung	Kriegsopferfürsorge	
Die Analyse erfolgt auf	X Produktebene	
Kurzbeschreibung des Produktes/der Leistung	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (Ergänzende Hilfen zum Lebensunterhalt, Wohnungsanpassungsmaßnahme, Kfz-Beihilfen etc.) für Kriegsbeschädigte und deren Angehörige	
Zielgruppe	Kriegsbeschädigte und deren Angehörige	
Verantwortlicher für die Analyse	Alfred Peters	
Datum	08.12.2003	

A. Strukturelle Fragen

Hinweis: Alternativen/Varianten sind unter der jeweiligen Frage mit >Beschreibung des Prüfergebnisses, Auswirkungen und Entscheidungsvorschlag= gesondert darzustellen

Ziff.: 01 Muss das Produkt/die Leistung erbracht werden? (Grundlage)

Hinweis: Hier ist zu klären, ob das Produkt/die Leistung generell erbracht werden muss, wobei es unerheblich ist, von wem es zu erbringen ist.

Beschreibung des Prüfergebnisses:

Ja

Die Leistungen der Kriegsopferfürsorge - KOF - sind aufgrund der Bestimmungen des Bundesversorgungsgesetzes als Pflichtaufgabe zu erbringen. Örtliche Träger der KOF sind die kreisfreien Städte und die Großen kreisangehörigen Städte und für die übrigen kreisangehörigen Gemeinden die Kreise.

Im Rheinisch-Bergischen Kreis sind somit örtliche Träger der KOF

- die Stadt Bergisch Gladbach für ihr Stadtgebiet und
- der Kreis für die übrigen kreisangehörigen Kommunen

Entscheidungsvorschlag:

Die Leistungen der Kriegsopferfürsorge sind gemäß dem gesetzlichen Auftrag zu erbringen.

Ziff.: 02 Muss das Produkt/die Leistung in diesem Umfang erbracht werden?

Hinweis: Hier geht es - wie unter Ziff. 1 - um die Frage generell in diesem Umfang, nicht von wem.

Beschreibung des Prüfergebnisses

Ja

Der Leistungsumfang orientiert sich an den individuellen Bedarfen im Einzelfall, auf deren Gewährung ein gesetzlicher Leistungsanspruch besteht.

Entscheidungsvorschlag:

Die Aufgabenwahrnehmung erfolgt in dem gesetzlich vorgegebenen Umfang.

**Ziff.: 03 Kann das Produkt/kann die Leistung in diesem oder dem neu definierten Umfang durch Dritte erbracht oder auf Dritte verlagert werden?
Dritte können juristische oder natürlichen Personen (wie z.B. Bürger) sein.**

Beschreibung des Prüfergebnisses

Ja

Auswirkungen

Eine Übertragung der Aufgaben an Dritte ist grundsätzlich möglich.

Rechtsgrundlage für eine Aufgabenübertragung wäre das "Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG NRW)". Zulässig ist danach eine Übertragung allerdings nur auf Behörden der gleichen Hierarchieebene im Behördenaufbau (somit Kreise und kreisfreie Städte). Eine Übertragung der Aufgabe an kreisangehörige Kommunen ist nach dem GKG nicht möglich. Auch das im Gesetzgebungsverfahren NRW zur Zeit befindliche "Gesetz zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise in NRW" eröffnet eine Aufgabenübertragung an kreisangehörige Kommunen nicht.

Für eine Aufgabenverlagerung kämen insofern die Nachbarkreise Oberbergischer Kreis und Rhein-Sieg-Kreis sowie die kreisfreie Stadt Leverkusen in Betracht.

Die Übertragung der Aufgabenwahrnehmung auf eine dieser Behörden würde wegen der weiteren Entfernungen für die Betroffenen die Bürgernähe reduzieren. Wegen der für Mitarbeitende bei Hausbesuchen u. ä. erheblichen aufwendigen Arbeitsabläufen sind keine Synergien durch eine konzentrierte Aufgabenwahrnehmung zu erwarten.

Entscheidungsvorschlag:

Eine Übertragung der Aufgabenwahrnehmung an Dritte erfolgt nicht.

Ziff.: 04 Kann das Produkt/können die Leistungen für Dritte erbracht werden oder von Dritten auf den Rheinisch-Bergischen Kreis verlagert werden?

Beschreibung des Prüfergebnisses

Ja

Auswirkungen

Hier gilt im Grunde die Darstellung zu Ziffer 3. Eine Übernahme der Aufgabenwahrnehmung für örtliche Träger außerhalb des Rheinisch-Bergischen Kreises erscheint nicht sinnvoll und lässt auch keine Synergieeffekte erwarten.

Zu prüfen ist eine Aufgabenwahrnehmung des Kreises für die Stadt Bergisch Gladbach.

Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf des "Gesetzes zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen" und der damit verbundenen Änderung der Gemeinde- und Kreisordnung für das Land NRW wird es den Mittleren und Großen kreisangehörigen Städten ermöglicht, ihnen übertragene Aufgaben an den Kreis zurück zu übertragen.

Nach Inkrafttreten der öffnenden Rechtslage ist eine Übertragung der Aufgabenwahrnehmung der Kriegsofopferfürsorge von der Stadt auf den Kreis möglich.

Im Stadtgebiet Bergisch Gladbach nehmen sowohl die Dienststellen der Stadt Bergisch Gladbach als auch des Rheinisch-Bergischen Kreises (Entfernung Luftlinie ca. 500 m) die Aufgaben der Kriegsofopferfürsorge wahr. Beide Behörden stellen für die Aufgabenerledigung nur eine geringe Personalkapazität zur Verfügung (Kreis 0,685 MJ, Stadt 0,430 MJ = 1,115 MJ).

Derzeitige Aufgabenwahrnehmung

Die Aufgabenwahrnehmung erfolgt derzeit mit folgenden personellen und sächlichen Ressourcen:

Träger	Personalumfang	Personalkosten (Bewertungsgrundlage A 10, Durchschnittswerte nach KGSt -Beamte- Jahreswert/ Vollzeitkraft = 45.400 €)	Sachkosten eines Büroarbeitsplatzes (mod. Durchschnittswert nach KGSt Jahreswert/ Vollzeitkraft = 8.400 €)	gesamt	Anteil
	MJ	€	€		
Kreis	0,685	31.099	5.754	36.853	61,43
Stadt	0,430	19.522	3.612	23.134	38,57
gesamt	1,115	50.621	9.366	59.987	100,00

Synergieeffekte einer gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung

Synergieeffekte bei gemeinsamer Aufgabenwahrnehmung:

1. Leistung der KOF aus "einer Hand" für den gesamten Kreis
2. Sicherstellung einer einheitlichen Aufgabenwahrnehmung im RBK
3. Wegfall doppelter Kompetenzvorhaltung
4. Optimierung der Querschnittstätigkeiten wie Overheadkosten etc. im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung (Personaleinsparungen).

Während die Synergieeffekte zu den Ziffern 1 und 2 finanziell nicht darzustellen sind, ist eine Quantifizierung der Synergieeffekte zu den Ziffern 3 und 4 möglich. Unter der Voraussetzung, dass die Aufgaben der KOF für beide zuständigen Behörden von nur einem Mitarbeitenden wahrgenommen werden können, lassen sich Personaleinsparungen in Höhe von 0,162 MJ erwarten.

Kostenverteilung bei zusammengefasster Aufgabenwahrnehmung

Die Aufteilung der Personal- und Sachkosten der zusammengefassten Aufgabenwahrnehmung erfolgt auf der Basis der zuvor genannten Prozentanteile.

	Personal- kosten €	Sach- kosten €	gesamt €	Kreis (61,43 %) €	Stadt (38,57 %) €
alt (1,115 MJ)	50.621,00	9.366,00	59.987,00	36.850,00	23.137,00
neu (0,953 MJ)	43.266,00	8.005,00	51.271,00	31.496,00	19.775,00
Einsparung	7.355,00	1.361,00	8.716,00	5.354,00	3.362,00

Es bedarf noch einer grundsätzlichen Abstimmung hinsichtlich einer Kostenerstattung durch die Stadt.

Entscheidungsvorschlag:

Unter der Voraussetzung, dass das v.g. Gesetz Rechtskraft erlangt und eine Kostenerstattung durch die Stadt Berg. Gladbach erfolgt, übernimmt der RBK für die Stadt Bergisch Gladbach die Aufgabenwahrnehmung der Kriegsoperfürsorge zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

Eine entsprechende öffentlich-rechtliche Vereinbarung wäre zwischen dem Kreis und der Stadt Bergisch Gladbach zu schließen.

Ziff.: 05 Kann das Produkt ganz oder teilweise mit Dritten erbracht werden (Kooperation)? Kooperationspartner sind i.d.R. juristische Personen.

Beschreibung des Prüfergebnisses

Ja

Auswirkungen

Grundsätzlich ist eine Kooperation unter Hinweis auf die Erläuterungen zu Ziffer 03 möglich. Eine Kooperation ist nur mit gleichrangigen Behörden zulässig. Eine Kooperation wird aus den unter Ziffer 03 genannten Ausführung nicht für sinnvoll erachtet.

Entscheidungsvorschlag:

Eine Kooperation mit Dritten erfolgt nicht.

Ziff.: 06 Ist die Erbringung des Produktes ganz oder teilweise in einer anderen Rechtsform z.B. Eigenbetrieb, GmbH, Zweckverband, Regiebetrieb möglich?

Beschreibung des Prüfergebnisses

Nein

Auswirkungen

Die Wahrnehmung der Aufgaben in einer anderen Rechtsform ist nicht zulässig.

Entscheidungsvorschlag:

Die weitere Aufgabenwahrnehmung erfolgt in der derzeitigen Rechtsform.

II. Auswertung (Verantwortlicher der Analyse)

Darstellung der Einzelergebnisse (Frage 01 bis 06)

Frage Nr.	Vorschlag/Idee	Veränderungen (ggf. geschätzt)							Entscheidung	
		MJ	Persone nalko- sten in	Sach- + Fach- kosten in	Ein- nah- men	Inves- ti- tionen	ein- ma- lig	jähr lich	V K	Pol itik
4	Varianten/Alternativen bitte gesondert darstellen (z.B. Frage. Nr. 3 Alternative a Alternative b Alternative c)		4.518 €	836 €				X	X	X
	Einsparung Stadt Bergisch Gladbach		2.837 €	525 €						
	Insgesamt		7.355 €	1.361 €						

III. Vorschlag/Varianten (Verantwortlicher der Analyse)

Zusammengefasst ergibt sich aus den festgestellten einzelnen Prüfergebnissen sowie den festgestellten Auswirkungen nachfolgende Gesamtbeurteilung (unter Berücksichtigung der Verwaltungsziele)

Gesamtbeurteilung:

Eine Übernahme der Aufgabenwahrnehmung des Rheinisch-Bergischen Kreises für die Stadt Bergisch Gladbach ist aufgrund der räumlichen Nähe zweier mit der gleichen Aufgabe betrauten Dienststellen im Rheinisch-Bergischen Kreis aus verwaltungsökonomischen Gründen sinnvoll.

_____
Datum

_____
Unterschrift der/s Verantwortlichen für die Analyse

_____
Datum

_____
Unterschrift der OE-Leitung

_____
Datum

_____
Unterschrift der Bereichs-Leitung

IV. **Bewertung/Stellungnahme der Strukturkommission**

V. **Beratungsfolge** (bitte angeben)

- VK
- Personalratsbeteiligung nach dem LPVG
- Politik (Benennung des Gremiums/Beratungsfolge **Ausschuss für Gesundheit u. Soziales, Kreis-
sauseausschuss, Kreistag**)

Bereich/OE	B 2-50/51	Produkt.-Nr. 090.50.09
Produktbezeichnung	Unterhaltssicherung	
Die Analyse erfolgt auf	X Produktebene	
Kurzbeschreibung des Produktes/der Leistung	Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz zur Aufrechterhaltung des häuslichen Umfeldes für Wehr- und Zivildienstleistende (z.B. Mietbeihilfen, Verdienstausfallentschädigungen)	
Zielgruppe	Wehr- und Zivildienstleistende	
Verantwortlicher für die Analyse	Alfred Peters	
Datum	08.12.2003	

A. Strukturelle Fragen

Hinweis: Alternativen/Varianten sind unter der jeweiligen Frage mit >Beschreibung des Prüfergebnisses, Auswirkungen und Entscheidungsvorschlag= gesondert darzustellen

Ziff.: 01 Muss das Produkt/die Leistung erbracht werden? (Grundlage)

Hinweis: Hier ist zu klären, ob das Produkt/die Leistung generell erbracht werden muss, wobei es unerheblich ist, von wem es zu erbringen ist.

Beschreibung des Prüfergebnisses:

Ja,

Die Leistungen der Unterhaltssicherung - USG - sind im Auftrag des Bundes aufgrund der Bestimmungen des Unterhaltssicherungsgesetzes als Pflichtaufgabe zu erbringen. Zuständig für die Feststellung und Bewilligung der Leistungen nach dem USG sind die kreisfreien Städte, die Großen kreisangehörigen Städte und für die übrigen kreisangehörigen Gemeinden die Kreise.

Im Rheinisch-Bergischen Kreis sind somit für die Ausführung des USG zuständig:

- die Stadt Bergisch Gladbach für ihr Stadtgebiet und
- der Kreis für die übrigen kreisangehörigen Kommunen

Entscheidungsvorschlag:

Die Leistungen der Unterhaltssicherung sind gemäß dem gesetzlichen Auftrag zu erbringen.

Ziff.: 02 Muss das Produkt/die Leistung in diesem Umfang erbracht werden?

Hinweis: Hier geht es - wie unter Ziff. 1 - um die Frage generell in diesem Umfang, nicht von wem.

Beschreibung des Prüfergebnisses

Ja

Der Leistungsumfang ist abhängig von der Antragsprüfung im Einzelfall.

Entscheidungsvorschlag:

Die Aufgabenwahrnehmung muss in dem gesetzlich vorgegebenen Umfang erfolgen.

Ziff.: 03 Kann das Produkt/kann die Leistung in diesem oder dem neu definierten Umfang durch Dritte erbracht oder auf Dritte verlagert werden? Dritte können juristische oder natürlichen Personen (wie z.B. Bürger) sein.

Beschreibung des Prüfergebnisses

Ja

Auswirkungen

Eine Übertragung der Aufgabe an Dritte ist grundsätzlich möglich.

Rechtsgrundlage für eine Aufgabenübertragung wäre das "Gesetz über Kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG NRW)". Zulässig ist danach eine Übertragung allerdings nur auf Behörden der gleichen Hierarchieebene im Behördenaufbau (also an Kreise oder kreisfreie Städte). Eine Übertragung der Aufgabe an kreisangehörige Kommunen ist nach dem GKG nicht möglich. Auch das im Gesetzgebungsverfahren NRW zur Zeit befindliche "Gesetz zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise in NRW" eröffnet eine Aufgabenübertragung an kreisangehörige Kommunen nicht.

Insofern kämen für eine Aufgabenverlagerung die Nachbarkreise Oberbergischer Kreis und Rhein-Sieg-Kreis sowie die kreisfreie Stadt Leverkusen in Betracht.

Die Übertragung der Aufgabenwahrnehmung auf eine dieser Behörden würde wegen der weiteren Entfernungen für die Betroffenen die Bürgernähe reduzieren. Wegen der für Mitarbeitende bei Hausbesuchen u. ä. erheblichen aufwendigen Arbeitsabläufen sind keine Synergien durch eine konzentrierte Aufgabenwahrnehmung zu erwarten.

Entscheidungsvorschlag:

Eine Übertragung der Aufgabenwahrnehmung an Dritte erfolgt nicht.

Ziff.: 04 Kann das Produkt/können die Leistungen für Dritte erbracht werden oder von Dritten auf den Rheinisch-Bergischen Kreis verlagert werden?

Beschreibung des Prüfergebnisses

Ja

Auswirkungen

Hier gilt im Grunde die Darstellung zu Ziffer 03. Eine Übernahme der Aufgabenwahrnehmung für örtliche Träger außerhalb des Rheinisch-Bergischen Kreises erscheint organisatorisch nicht sinnvoll und lässt auch keine nennenswerten Synergieeffekte erwarten.

Zu prüfen ist eine Aufgabenwahrnehmung des Kreises für die Stadt Bergisch Gladbach.

Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf des "Gesetzes zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen" und der damit verbundenen Änderung der Gemeinde- und Kreisordnung für das Land NRW wird es den Mittleren und Großen kreisangehörigen Städten ermöglicht, ihnen übertragene Aufgaben an den Kreis zurück zu übertragen.

Nach Inkrafttreten der öffnenden Rechtslage ist eine Übertragung der Aufgabenwahrnehmung nach dem USG von der Stadt Bergisch Gladbach auf den Kreis möglich.

Im Stadtgebiet Bergisch Gladbach nehmen sowohl die Dienststellen der Stadt Bergisch Gladbach als auch des Rheinisch-Bergischen Kreises (Entfernung Luftlinie ca. 500 m) die Aufgaben der Unterhaltssicherung wahr. Beide Behörden stellen für die Aufgabenerledigung nur eine geringe Personalkapazität zur Verfügung (Kreis 0,68 MJ / Stadt 0,378 MJ = 1,058 MJ).

Derzeitige Aufgabenwahrnehmung:

Die Aufgabenwahrnehmung erfolgt derzeit mit folgenden personellen und sächlichen Ressourcen:

Träger	Personalumfang	Personalkosten (Bewertungsgrundlage A8, Durchschnittswerte nach KGSt-Beamte Jahreswert /Vollzeitkraft =	Sachkosten eines Büroarbeitsplatzes (mod. Durchschnittswert nach KGSt Jahreswert/Vollzeitkraft 8.400 €)	gesamt	Anteil
	MJ	€	€	€	%
Kreis	0,680	28.220,00	5.712,00	33.932,00	64,27
Stadt	0,378	15.687,00	3.175,00	18.862,00	35,73
gesamt	1,058	43.907,00	8.887,00	52.794,00	100,00

Synergieeffekte einer gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung

Synergieeffekte bei gemeinsamer Aufgabenwahrnehmung:

1. Leistung der USG aus "einer Hand" für den gesamten Kreis
2. Sicherstellung einer einheitlichen Aufgabenwahrnehmung im RBK
3. Wegfall doppelter Kompetenzvorhaltung
4. Optimierung der Querschnittstätigkeiten wie Overheadkosten etc. im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung (Personaleinsparungen).

Während die Synergieeffekte zu den Ziffern 1 und 2 finanziell nicht darzustellen sind, ist eine Quantifizierung der Synergieeffekte zu den Ziffern 3 und 4 möglich. Unter der Voraussetzung, dass die Aufgaben des USG für beide zuständigen Behörden von nur einem Mitarbeitenden wahrgenommen werden können, lassen sich Personaleinsparungen in Höhe von 0,173 MJ erwarten.

Kostenverteilung bei zusammengefasster Aufgabenwahrnehmung

Die Aufteilung der Personal- und Sachkosten der zusammengefassten Aufgabenwahrnehmung erfolgt auf der Basis der zuvor genannten Prozentanteile.

	Personal- kosten €	Sach- kosten €	gesamt €	Kreis (64,27 %) €	Stadt (35,73 %) €
alt (1,058 MJ)	43.907,00	8.887,00	52.794,00	33.931,00	18.863,00
neu (0,885 MJ)	36.728,00	7.434,00	44.162,00	28.383,00	15.779,00
Einsparung	7.179,00	1.453,00	8.632,00	5.548,00	3.084,00

Es bedarf noch einer grundsätzlichen Abstimmung hinsichtlich einer Kostenerstattung durch die Stadt.

Entscheidungsvorschlag:

Unter der Voraussetzung, dass das v.g. Gesetz Rechtskraft erlangt und eine Kostenerstattung durch die Stadt Berg. Gladbach erfolgt, übernimmt der RBK für die Stadt Bergisch Gladbach die Aufgabenwahrnehmung der Unterhaltssicherung zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

Eine entsprechende öffentlich-rechtliche Vereinbarung ist zwischen dem Kreis und der Stadt Bergisch Gladbach zu schließen.

Ziff.: 05 Kann das Produkt ganz oder teilweise mit Dritten erbracht werden (Kooperation)? Kooperationspartner sind i.d.R. juristische Personen.

Beschreibung des Prüfergebnisses

Ja

Auswirkungen

Grundsätzlich ist eine Kooperation unter Hinweis auf die Erläuterungen zu Ziffer 03 möglich. Eine Kooperation ist nur mit gleichrangigen Behörden zulässig. Eine Kooperation wird aus den unter Ziffer 03 genannten Ausführungen nicht für sinnvoll erachtet.

Entscheidungsvorschlag:

Eine Kooperation mit Dritten erfolgt nicht.

Ziff.: 06 Ist die Erbringung des Produktes ganz oder teilweise in einer anderen Rechtsform z.B. Eigenbetrieb, GmbH, Zweckverband, Regiebetrieb möglich?

Beschreibung des Prüfergebnisses

Nein

Auswirkungen

Die Wahrnehmung der Aufgaben in einer anderen Rechtsform ist nicht zulässig.

Entscheidungsvorschlag

Die weitere Aufgabenwahrnehmung erfolgt in der derzeitigen Rechtsform.

II. Auswertung (Verantwortlicher der Analyse)

Darstellung der Einzelergebnisse (Frage 01 bis 06)

Vorschlag/Idee		Veränderungen (ggf. geschätzt)								Entscheidung	
		Ausgabenverbesserungen werden mit - Einnahmeverbesserungen mit + dargestellt								bitte ankreuzen	
Frage Nr.	Varianten/Alternativen bitte gesondert darstellen (z.B. Frage Nr. 3. Alternative a Alternative b Alternative c)	MJ	Persona-kosten in _	Sach-+ Fach-kosten in _	Ein-nah-men	Inves-ti-tionen	ein-ma-lig	jähr-lich	V K	Pol- itik	
4	Einsparung RBK		4.614 €	934 €				X	X	X	
	Einsparung Stadt Bergisch Gladbach		2.565€	519 €							
	Insgesamt		7.179 €	1.453 €							

III. Vorschlag/Varianten (Verantwortlicher der Analyse)

Zusammengefasst ergibt sich aus den festgestellten einzelnen Prüfergebnissen sowie den festgestellten Auswirkungen nachfolgende Gesamtbeurteilung (unter Berücksichtigung der Verwaltungsziele)

Gesamtbeurteilung:

Eine Übernahme der Aufgabenwahrnehmung des Rheinisch-Bergischen Kreises für die Stadt Bergisch Gladbach ist aufgrund der räumlichen Nähe zweier mit der gleichen Aufgabe

41

betrauten Dienststellen im Rheinisch-Bergischen Kreis aus verwaltungsökonomischen Gründen sinnvoll.

Datum

Unterschrift der/s Verantwortlichen für die Analyse

Datum

Unterschrift der OE-Leitung

Datum

Unterschrift der Bereichs-Leitung

IV. Bewertung/Stellungnahme der Strukturkommission

V. Beratungsfolge (bitte angeben)

- VK
- Personalratsbeteiligung nach dem LPVG
- Politik (Benennung des Gremiums/Beratungsfolge) **Ausschuss für Gesundheit u. Soziales, Kreisausausschuss, Kreistag**

W

ENTWURF

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung

zwischen

dem Rheinisch-Bergischen Kreis, vertreten durch den Landrat
- nachfolgend Kreis genannt -

und

der Stadt Bergisch Gladbach, vertreten durch den Bürgermeister
- nachfolgend Stadt genannt -

über die Aufgabenwahrnehmung
der Kriegsopferversorge (KOF) durch den Kreis

Aufgrund der §§ 1 und 23 ff. des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit NRW (KgemarbG NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.10.1979 (GV NW S.621), zuletzt geändert am 30.04.2002 (GV NW S.160) i.V.m. § 4 der Gemeindeordnung für das Land NW in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel II des Gesetzes zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen vom 03.02.2004 (GV NW S.96) schließen der Kreis und die Stadt folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung:

Präambel

Die Leistungen der Kriegsopferversorge (KOF) - für Kriegsbeschädigte und deren Angehörigen bzw. Hinterbliebenen - sind aufgrund der Bestimmungen der §§ 25 bis 27 Bundesversorgungsgesetz (BVG) zu erbringen. Zuständig für die Feststellung und Bewilligung der Leistungen nach dem KOF sind die kreisfreien Städte, die Großen kreisangehörigen Städte und für die übrigen kreisangehörigen Gemeinden die Kreise. Somit sind im Rheinisch-Bergischen Kreis für den Aufgabenvollzug des Gesetzes die Stadt Bergisch Gladbach (Stadt) für ihr Stadtgebiet und der Rheinisch-Bergische Kreis (Kreis) für die übrigen kreisangehörigen Kommunen zuständig. Aufgrund der Änderung der Gemeindeordnung durch das Gesetz zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen vom 03.02.2004 wird es nunmehr den Mittleren und Großen kreisangehörigen Städten ermöglicht mit dem Kreis zu vereinbaren, dass die ihnen übertragenen Aufgaben vom Kreis auf der Grundlage einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gem. §§ 23 ff. des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit übernommen werden.

§ 1

Aufgabenübertragung

- (1) Der Kreis übernimmt die der Stadt aufgrund des Gesetzes zur Durchführung der Kriegsopferfürsorge und des Schwerbehindertenrechts (DG - KOFSchwbR) vom 01.11.1987 obliegenden Aufgaben zur Feststellung und Bewilligung von Leistungen der Kriegsopferfürsorge. Die Aufgaben der Stadt nach § 3 DG-KOFSchwbR, NW, beschränken sich auf die Antragsentgegennahme und Weiterleitung an den Kreis.
- (2) Voraussetzung für die Übernahme der Aufgaben nach der KOF durch den Kreis ist der Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung und die Genehmigung der Bezirksregierung i.S.d. §§ 23 ff. GkG. Der Kreis verpflichtet sich, die Genehmigung der Bezirksregierung einzuholen.
- (3) Der Kreis stellt die für die Aufgabenübernahme notwendigen Personal- und Sachressourcen zur Verfügung.
- (4) Der Kreis ist für die ordnungsgemäße Aufgabenwahrnehmung verantwortlich.

§ 2

Kosten

- (1) Personal- und Sachkosten

Die Stadt erstattet dem Kreis die mit der Wahrnehmung verbundenen Personal- und Sachkosten im Verhältnis des städtischen Personalbedarfsanteiles zum Gesamtpersonalbedarf.

Grundlage für die Ermittlung der Personal- und Sachkosten sind:

1. Der tatsächliche Personalbedarf (aktuell für den städtischen Anteil nach Aufgabenübernahme durch den Kreis = 0,358 MJ)
2. die tatsächlichen Personalkosten auf der Grundlage der Besoldungsgruppe A 10/Vergütungsgruppe IV b BAT
3. die durchschnittlichen anteiligen Sachkosten des Büroarbeitsplatzes, die sich in Anlehnung an das jeweils aktuellste Gutachtens der KGSt derzeit wie folgt ergeben:

▪ Sachkosten eines Büroarbeitsplatzes,	5.400,-- €
▪ Informationstechnische Unterstützung, pauschal	<u>3.000,-- €</u>
Summe (1,0 MJ)	8.400,-- €

Die Berechnungsgrundlagen für den Personalbedarf sowie die Personal- und Sachkosten werden alle 2 Jahre (erstmals zum 01.01.2007) überprüft und einvernehmlich festgelegt.

(2) Fachkosten (Leistungen an Leistungsempfänger)

Der Bund erstattet den Kommunen 80% der Fachkosten. Entsprechende Abschlagszahlungen werden dem Kreis zur Verfügung gestellt. 20 % der Ausgaben für Fachkosten sind aus kommunalen Mitteln zu tragen. 80 % der Einnahmen sind an den Bund abzuführen. 20 % verbleiben bei der Kommune.

Somit hat die Stadt 20 % der Ausgaben an den Fachkosten (Leistungen an Empfänger aus dem Stadtgebiet Bergisch Gladbach) an den Kreis zu erstatten, vermindert um 20 % der Einnahmen.

§ 3

Abrechnung

Die Abrechnung der Personal-, Sach- und Fachkosten (s. § 2) erfolgt jedes Jahr auf der Grundlage von Abschlagszahlungen und einer Spitzabrechnung nach folgendem System: I

- Bis 31.03. erfolgt die Spitzabrechnung für das vorausgegangene Jahr. Nachzahlungen bzw. Rückzahlungen werden mit der 1. Abschlagszahlung verrechnet.
- Die Stadt erstattet dem Kreis zum 30. April und 31. August jeweils die Hälfte des Anteils an den Kosten auf der Grundlage des Ergebnisses des Vorjahres als Abschlagszahlungen.
- Für das Jahr 2005 werden auf der Grundlage des aktuellen Personalbedarfes, der KGSt-Werte 2004 und der hochgerechneten Fachkosten in 2004 folgende Abschlagszahlungen festgesetzt:

○ Personalkosten (0,358 MJ x 46.100,-- €)	16.503,80 €
○ Sachkosten (0,358 MJ x 8.400,-- €)	3.007,20 €
○ Fachkosten	<u>30.000,00 €</u>
▪ gesamt	49.511,00 €
▪ gerundet	49.000,00 €
▪ davon halbjährlich	24.500,00 €

§ 4

Dokumentation/Berichtswesen

Zur Dokumentation der Aufgabenwahrnehmung führt der Kreis getrennte statistische Erhebungen für den jeweiligen ehemaligen Zuständigkeitsbereich.

Der Kreis stellt die statistische Erhebung für das Stadtgebiet Bergisch Gladbach der Stadt jeweils bis zum 31.01. des auf das Berichtsjahr folgenden Jahres zur Verfügung.

§ 5

Inkrafttreten, Kündigung

1. Die Vereinbarung tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt der Bezirksregierung Köln in Kraft, frühestens jedoch am 01.01.2005.
2. Jeder Beteiligte kann diese Vereinbarung zum 31.12. eines jeden Jahres mit einer Frist von 12 Monaten kündigen.

Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 6

Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung nichtig oder unwirksam sein oder werden, so wird die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt.

Bergisch Gladbach, den .....

Bergisch Gladbach, den .....

Für den Rheinisch-Bergischen Kreis:

:

Für die Stadt Bergisch Gladbach:

.....

Rolf Menzel
Landrat

.....

Klaus Orth
Bürgermeister

.....

Cornelia Klien
Bereichsleiterin

.....

Bruno Hastrich
Fachbereichsleiter

ENTWURF

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung

zwischen

dem Rheinisch-Bergischen Kreis, vertreten durch den Landrat
- nachfolgend Kreis genannt -

und

der Stadt Bergisch Gladbach, vertreten durch den Bürgermeister
- nachfolgend Stadt genannt -

über die Aufgabenwahrnehmung
der Unterhaltssicherung (USG) durch den Kreis

Aufgrund der §§ 1 und 23 ff. des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit NRW (KgemarbG NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.10.1979 (GV NW S.621), zuletzt geändert am 30.04.2002 (GV NW S.160) i.V.m. den §§ 3 und 4 der Gemeindeordnung für das Land NW in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994, zuletzt geändert durch Artikel II des Gesetzes zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen vom 03.02.2004 (GV NW S.96) schließen der Kreis und die Stadt folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung:

Präambel

Die Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz -USG- für Wehr- und Zivildienstleistende (USG) sind als Pflichtaufgaben nach Weisung des Bundes zu erbringen. Zuständig für die Feststellung und Bewilligung der Leistungen nach dem USG sind die kreisfreien Städte, die Großen kreisangehörigen Städte und für die übrigen kreisangehörigen Gemeinden die Kreise. Somit sind im Rheinisch-Bergischen Kreis für den Aufgabenvollzug des Gesetzes die Stadt Bergisch Gladbach (Stadt) für ihr Stadtgebiet und der Rheinisch-Bergische Kreis (Kreis) für die übrigen kreisangehörigen Kommunen zuständig. Aufgrund der Änderung der Gemeindeordnung durch das Gesetz zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen vom 03.02.2004 wird es nunmehr den Mittleren und Großen kreisangehörigen Städten ermöglicht mit dem Kreis zu vereinbaren, dass die ihnen übertragenen Aufgaben vom Kreis auf der Grundlage einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gem. §§ 23 ff. des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit übernommen werden.

§ 1

Aufgabenübertragung

- (1) Der Kreis übernimmt die der Stadt aufgrund der Verordnung zur Regelung der Zuständigkeiten nach dem Unterhaltssicherungsgesetz vom 02.09.1980 obliegenden Aufgaben zur Feststellung und Bewilligung von Unterhaltssicherungsleistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz.
- (2) Voraussetzung für die Übernahme der Aufgaben nach dem USG durch den Kreis ist der Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung und die Genehmigung der Bezirksregierung i.S.d. §§ 23 ff. GkG. Der Kreis verpflichtet sich, die Genehmigung der Bezirksregierung einzuholen.
- (3) Der Kreis stellt die für die Aufgabenübernahme notwendigen Personal- und Sachressourcen zur Verfügung.
- (4) Der Kreis ist für die ordnungsgemäße Aufgabenwahrnehmung verantwortlich.

§ 2

Kosten

- (1) Personal- und Sachkosten

Die Stadt erstattet dem Kreis die mit der Wahrnehmung verbundenen Personal- und Sachkosten im Verhältnis des städtischen Personalbedarfsanteiles zum Gesamtpersonalbedarf.

Grundlagen für die Ermittlung der Personal- und Sachkosten sind:

- Der tatsächliche Personalbedarf (aktuell für den städtischen Anteil nach Aufgabenübernahme durch den Kreis = 0,277 MJ)
- die tatsächlichen Personalkosten auf der Grundlage der Besoldungsgruppe A 8/Vergütungsgruppe V c BAT
- die durchschnittlichen anteiligen Sachkosten des Büroarbeitsplatzes, die sich in Anlehnung an das jeweils aktuellste Gutachtens der KGSt derzeit wie folgt ergeben:
  - Sachkosten eines Büroarbeitsplatzes, 5.400,-- €
  - Informationstechnische Unterstützung, pauschal 3.000,-- €
  - Summe (für 1,0 MJ) 8.400,-- €

48

Die Berechnungsgrundlagen für den Personalbedarf sowie die Personal- und Sachkosten werden alle 2 Jahre (erstmals zum 01.01.2007) überprüft und einvernehmlich festgelegt.

(2) Fachkosten (Leistungen an Leistungsempfänger)

Eine Erstattung von Fachkosten zur Ausführung des o.a. Gesetzes (Leistungen an die Leistungsempfänger) entfällt, da die Aufwendungen in vollem Umfang vom Bund getragen werden. Die Auszahlung erfolgt unmittelbar aus dem Bundeshaushalt, so dass auch keine Vorfinanzierungskosten entstehen.

§ 3

Abrechnung

Die Abrechnung der Personal- und Sachkosten (s. § 2) erfolgt jedes Jahr auf der Grundlage von Abschlagszahlungen und einer Spitzabrechnung nach folgendem System: I

- Bis 31.03. erfolgt die Spitzabrechnung für das vorausgegangene Jahr. Nachzahlungen bzw. Rückzahlungen werden mit der 1. Abschlagszahlung verrechnet.
- Die Stadt erstattet dem Kreis zum 30. April und 31. August jeweils die Hälfte des Anteils an den Kosten auf der Grundlage des Ergebnisses des Vorjahres als Abschlagszahlungen.
- Für das Jahr 2005 werden auf der Grundlage des aktuellen Personalbedarfes und der KGSt-Werte 2004 folgende Abschlagszahlungen festgesetzt:

o	Personalkosten (0,277 MJ x 43.400,-- €)	12.021,80 €
o	Sachkosten (0,277 MJ x 8.400,-- €)	<u>2.326,80 €</u>
▪	gesamt	14.348,60 €
▪	gerundet	14.000,00 €
▪	davon je Halbjahr	7.000,00 €

§ 4

Dokumentation/Berichtswesen

Zur Dokumentation der Aufgabenwahrnehmung führt der Kreis getrennte statistische Erhebungen für den jeweiligen ehemaligen Zuständigkeitsbereich.

Der Kreis stellt die statistische Erhebung für das Stadtgebiet Bergisch Gladbach der Stadt jeweils bis zum 31.01. des auf das Berichtsjahr folgenden Jahres zur Verfügung.

§ 5

Inkrafttreten, Kündigung

1. Die Vereinbarung tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt der Bezirksregierung Köln in Kraft, frühestens jedoch am 01.01.2005.
2. Jeder Beteiligte kann diese Vereinbarung zum 31.12. eines jeden Jahres mit einer Frist von 12 Monaten kündigen.

Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 6

Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung nichtig oder unwirksam sein oder werden, so wird die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt.

Bergisch Gladbach, den .....

Bergisch Gladbach, den .....

Für den Rheinisch-Bergischen Kreis: :

Für die Stadt Bergisch Gladbach:

.....
Rolf Menzel
Landrat

.....
Klaus Orth
Bürgermeister

.....
Cornelia Klien
Bereichleiterin

.....
Bruno Hastrich
Fachbereichsleiter